



„Internationale Beobachter wären wichtig“

Interview mit der tschetschenischen Menschenrechtlerin Libkhan Basajewa

Wolfgang Pomrehn

Seit 1999 führt Russland Krieg gegen seine nordkaukasische Provinz Tschetschenien, die nach Unabhängigkeit strebt. Von der internationalen Öffentlichkeit kaum bemerkt, kommt es dabei zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen vor allem durch die russischen Einheiten. Wir sprachen mit Libkhan Basajewa, die seit 2000 Vorstandsmitglied der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial ist und in Tschetschenien sowie im benachbarten Inguschetien seit Beginn der 1990er verschiedene Hilfsprojekte für Frauen aufgebaut hat. Bis 1999 war sie Dozentin für russische Literatur und Linguistik an der Universität der tschetschenischen Hauptstadt Grosny und half bei der Organisation verschiedener Friedensmärsche.

Welche Folgen hat der Krieg für die Menschen?

Der Krieg hat alles zerstört. Die Wirtschaft, die Infrastruktur, die Häuser. Ein normales Leben ist nicht mehr möglich. Natürlich kann man zerstörte Häuser wieder aufbauen, aber die Toten bringt keiner zurück. Und die Opfer sind nicht nur Soldaten, sondern auch viele Zivilisten.

Nach jeder Explosion, nach jedem terroristischen Akt verschwinden Menschen, 30 bis 50 pro Monat. In 90 Prozent der Fälle ist das Militär oder die Miliz verantwortlich. Mitten in der Nacht oder früh am Morgen werden Häuser gestürmt und Bewohner ohne jede Vorwarnung mitgenommen. Keiner weiß, wo sie hingebacht werden, geschweige denn, dass sie einen Anwalt sprechen könnten.

Was passiert mit den Festgenommenen?

Ein Teil von ihnen wird umgebracht und einfach an den Straßenrand geworfen. Ein Teil wird freigelassen, und ein dritter Teil muss freigekauft werden. Von Januar bis Oktober 2004 sind 282 Menschen festgenommen worden. 136 wurden freigelassen oder freigekauft; von 20 fand man die Leichen, 126 sind verschwunden.

Natürlich wenden auch die Menschen, die Widerstand leisten, Gewalt an. In diesem Jahr wurden nach unseren Informationen acht Vertreter der staatlichen Verwaltung umgebracht.

Wer ist die andere Seite? Eine homogene, seperatistische Gruppierung, oder gibt es islamistische Kräfte darin?

Im Prinzip sind es Separatisten. Die Vorstellung, dass es sich um einen islamistischen Krieg handelt, gehört mehr in den

Bereich der russischen Propaganda. Die Unabhängigkeitsbewegung soll als eine religiöse dargestellt werden, um zu vertuschen, dass es sich um einen politischen Konflikt handelt, nämlich darum, dass die Menschen für Unabhängigkeit kämpfen.

Wie ist das Verhältnis der russischen Behörden zu den Menschenrechtsgruppen?

Es gibt natürlich Schwierigkeiten im Umgang mit der Macht, aber im Vergleich zu dem, worunter die normale Zivilbevölkerung zu leiden hat, ist es nichts. Wir stehen in Verbindung mit der OSZE, dem Europarat und der UNO und haben dadurch einen gewissen Schutz.



Wie ist Ihr Verhältnis zu russischen Friedensgruppen?

Es gibt zum Beispiel zum Helsinki-Menschenrechtskomitee in Moskau Kontakte und zu verschiedenen regionalen Menschenrechtsgruppen. Memorial pflegt eine enge Zusammenarbeit sowohl mit den russischen als auch den tschetschenischen Organisationen.

Gibt es Widerstand gegen den Krieg in der russischen Armee?

Es gibt außerdem eine Organisation der Soldatenmütter, die gegen den Krieg kämpfen und sich sehr aktiv dafür engagieren, dass ihre Söhne nicht in Tschetschenien eingesetzt werden

Wie könnte eine Lösung für Tschetschenien aussehen?

Es muss Verhandlungen über eine friedliche Lösung geben, das fordern auch die Soldatenmütter. Vertreter verschiedener politischen Bewegungen, die keine Angst vor einem Zusammenleben haben, müssen miteinander sprechen. Sowohl untereinander,

als auch mit der russischen Seite, denn diese spielt natürlich eine wichtige Rolle. Der Krieg geht von ihr aus.

Wie kann der Frieden durchgesetzt werden?

Russland und Tschetschenien werden von alleine nicht aus dieser Krise herausfinden. Organisationen wie die UNO, die OSZE, der Europarat müssen helfen. Und wenn es ein Friedensabkommen gibt, dann müssen unbedingt Kräfte da sein, die den Frieden unterstützen und pflegen. Internationale Beobachter wären daher wichtig.

Am 18. November berichtete Libkhan Basajewa den TeilnehmerInnen der Konferenz der BAG Pro Asyl in Lübeck über die Gefährdung von Tschetschenen im Gebiet der russischen Föderation:

Eine inländische Fluchtalternative für Tschetschenen innerhalb der russischen Föderation gäbe es praktisch nicht. Nach Russland abgeschobene tschetschenische Flüchtlinge könnten sich nicht bei den Behörden anmelden. Dies gelte in allen Städten, aber auch in der Provinz. Wer ohne Meldebescheinigung bei einer Kontrolle aufgegriffen wird, gerät sofort in Haft. Private Vermieter und Hotels seien polizeilich angewiesen, an Tschetschenen keinen Wohnraum zu vermieten. Aufgegriffene Tschetschenen werden nicht abgeschoben. Statt dessen erfolge regelmäßig das Unterschieben einer Straftat: Im Zuge der Verhaftung oder des Verhörs werden den Betroffenen z.B. Munition oder Drogen zugesteckt, um sie nach deren „Auffinden“ als angeblich kriminelle für Jahre im Knast verschwinden zu lassen. Verhaftungen von Tschetschenen seien für Mitglieder des Inlandsgeheimdienstes und der Polizei karrierefördernd. Im Tschetschenienkrieg durchliefen ständig ca. 400.000 russische Soldaten eine „Schule der Erniedrigung“. Regelmäßig schwer traumatisiert finden sie zu Hause nicht mehr ins zivile Leben zurück. Solche Kriegsveteranen machen auch in Russland getrieben von Rassismus und Rache Jagd auf Tschetschenen. Es geschehen von Plünderungen und Vergewaltigungen begleitete „Säuberungen“ ganzer Wohnblocks. Todesschwadronen morden oder lassen Personen „verschwinden“. Davon sind zunehmend abgeschobene Flüchtlinge aus Europa betroffen.